

# Hamburgischer Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 11

Das Blatt erscheint jeden Sonntag.  
Abonnementpreis 20.00 pro Quartal.  
Abbestellen und Expedition: Hamburg 25,  
Clausen- (Kath.-) Straße, 1. 2246.

Hamburg, den 15. März 1919

Anzeigen kosten die fünfgeschobene Norm-  
zeile für 100 oder deren Raum 50 Pfg. (Der  
Betrag ist stets vorher einzusenden)  
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile

33. Jahrg.

## Nur in der Organisation liegt unsere Stärke!

In allem Sturm und Drang der Zeit strömen heute tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen den Gewerkschaften zu. Viele davon getrieben durch eine fast spontan zu nennende Erkenntnis von der Notwendigkeit und Nützlichkeit der Gewerkschaftsorganisation, andere mitgerissen durch Massenuggestion, manche auch aus egoistischen Motiven. Der Sturm, nun schon seit Monaten andauernde Zulauf zu den Gewerkschaften resultiert also aus recht verschiedenartigen Gründen, über die eine besondere akademische Unterhaltung ganz interessant wäre. Wir Gewerkschafter aber sollen weniger theoretisieren, sondern wir sollen jede Gelegenheit, die unsern Gewerkschaften den stets willkommenen Zulauf bringt, beim Schopfe packen und in praktischer Weise das Eisen schmieden, solange es warm ist. Und deshalb ergibt sich zur Zeitzeit für uns als erstes die dringende Aufgabe, den Zutritt zu den Gewerkschaften an diese dauernd zu fesseln, um auf diese Weise den Gewerkschaften nicht nur vorübergehend, sondern für dauernd verstärkte Kraft zu geben. Intensivste Aufklärungsarbeit ist also heute nötiger denn je; jeder überzeugte Gewerkschafter hat die Pflicht, den Neuzugewonnenen zu sagen, was der Zweck der Gewerkschaft ist, um ihnen dauerndes Interesse und eine tiefere Überzeugung von der Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung einzufößen. Hierbei muß natürlich auch unsere Presse ihre Schuldigkeit tun.

Warum sind wir Gewerkschafter? Was ist der Sinn und Zweck der Gewerkschaft? Das sind die Fragen, die jetzt gerühlich erörtert werden müssen. Und da müssen wir vor allem den Arbeitern den ewig wahren Satz ins Gedächtnis hämmern, daß jede organisierte und damit verstärkte Kraft in der zielbewußten Zusammenfassung von Einzelkräften beruht und daß auch die Gewerkschaftsbewegung die Aufgabe hat, durch die planvolle Zusammenfassung der vielen proletarischen Einzelkräfte eine verstärkte Macht zu schaffen und diese Macht zu konzentrieren auf das eine große Ziel: die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der proletarischen Massen.

Das dürfte einleuchtend sein. Wie vielfach in der Natur selbst die primitivsten Lebewesen durch Zusammenfassung aller winzigen Einzelkräfte sich ihr Existenzrecht erkämpfen, so liegt im Menschengeschlecht vor allem der Arbeiterschaft als den wirtschaftlich Schwächsten die gleiche Aufgabe ob. Geben ihnen hierin doch die wirtschaftlich bestgestellten Stände schon seit langen Jahren ein Vorbild, sehen wir doch, daß gerade sie sich vereinigen, um durch die Vereinigung für ihre Klasse möglichst günstige Lebens- und Existenzbedingungen herauszuschlagen und fast immer auf Kosten der breiten Arbeitermassen. Ob Hausbesitzer- oder Metzgervereine, ob Bund der Landwirte oder Handwerkerinnung, alle folgen diesem Grundsatz! Und da sollte die Arbeiterklasse, die als wirtschaftlich Schwächste die Organisation noch weit nötiger hat, tatenlos zurückstehen? Täte sie es, es wäre ihr Unheil! Nur in der geeinten Organisation liegt die verstärkte Kraft der Klasse, und die tut der Arbeiterschaft nötiger als allen andern Verufen!

Wir erstreben durch die Gewerkschaft höhere Löhne. Der Fall ist denkbar, daß hier der einzelne auch etwas erreichen kann, besonders wenn er intelligent und seine Arbeitskraft beim Unternehmer besonders geschätzt ist. Aber die Masse der Arbeiterschaft kann erhöhte Löhne nur durch gemeinsame Zielsetzung, durch die organisierte Kraft aller erreichen und deshalb und weil erhöhte Löhne eine zwingende Notwendigkeit für die Existenz des Proletariats bedeuten, ist Organisation nötig; nur dadurch läßt sich diese Notwendigkeit in erfolgreicher Weise durchsetzen.

Wir erstreben durch die Gewerkschaft die Verkürzung der Arbeitszeit. Warum? Daß der Wert der Ware Arbeitskraft steigt und um die Arbeits-

kraft des einzelnen möglichst zu schonen; daß er nicht frühzeitig der Arbeitsunfähigkeit verfällt, daß er seine Arbeitskraft bis ins spätere Alter aufrechterhält, daß nicht kapitalistischer Raubbau an der proletarischen Arbeitskraft die Menschen in wenigen Jahren zu arbeitsunfähigen Krüppeln macht. Wir wollen unter voller Hochachtung der Lebensinteressen der Gesamtmenschheit eine möglichst kurze tägliche Arbeitszeit für jeden Arbeiter und jede Arbeiterin nicht nur aus vorerwähnten Gründen, wir wollen sie auch, um durch Schaffung ausreichender Muße die Volksbildung zu heben, daß für alle Zukunft gebrochen wird mit dem lasterhaften Grundsatz früherer Herrenmenschen, wonach das „unwissende“ Proletariat nur Objekt, nie aber Subjekt der Gesetzgebung sein dürfe. Zeit zu allgemeiner Volksbildung und Volksveredelung durch möglichst verkürzte Arbeitszeit, das ist der Weg zur Kultur, zum Glück und Wohlergehen der Gesamtmenschheit!

Und was bezweckt die Gewerkschaft noch? Durch ihre Aufklärung und Belehrung; durch den steten Appell an die ehleren Triebe im Menschen nicht nur dessen Klassenbewußtsein zu festigen, sondern auch die Solidarität mit seinen Arbeitsgenossen zu wecken und fester und fester zu verankern. Für jede Gewerkschaft muß der Grundsatz oberstes Leitmotiv sein: Alle für einen und einer für alle! Als einig Volk dahin zu streben, daß es nicht dem einzelnen, sondern allen wohlergeht und daß, um dieses Ziel zu erreichen, einer für alle und alle für einen unter Hintansetzung aller privaten Sonderinteressen eintreten müssen, das ist die Aufgabe der Gewerkschaft! Hierin liegt ihre moralische und materielle Macht fest verankert, dies ist der unerschöpfliche Vorn ihrer Kraft, und alle Mitglieder für dieses hohe Ziel sturm- und wetterfest zu machen, ist ihre vornehmste Aufgabe!

Die Gewerkschaft erstrebt also höhere Löhne, möglichst verkürzte Arbeitszeit, möglichst günstige Existenzverhältnisse und nicht zuletzt eine menschenwürdige Behandlung für jedes ihrer Mitglieder. Ihre Ziele sucht sie zu erreichen durch die organisierte Zusammenfassung der proletarischen Einzelkräfte nach diesem Ziel; um dieses Ziel leichter durchzusetzen, sucht sie von den Mitgliedern in den vielen Wechselfällen des Lebens die Not möglichst fernzuhalten; denn die Erfahrung lehrt, daß ein Arbeiter, der sich in der Not nie gänzlich verlassen weiß, auch dem Unternehmer gegenüber ein stärkeres Rückgrat besitzt. So zählt die Gewerkschaft, von dieser Voraussetzung getrieben, neben der Unterstützung in Streikfällen auch solche bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und andern Notfällen, und sie verkörpert damit ein ergänzendes Bild gegenseitiger Hilfe in Kameradschaftlichkeit und Treue bei allen Nöten des menschlichen Lebens! Und damit leuchtet über der Gewerkschaft bei allen ihren Handlungen der edle Stern der Solidarität, die Einigkeit und Gemeinsamkeitsstreben fördert und Riesenkraft verleiht bei rastlosem Wirken für die hohen Ziele der Arbeiterschaft!

Darum, Kollegen und Kolleginnen, die Ihr unserm Verband beigetreten seid, erkennt die schönen und hohen Ziele der Gewerkschaftsorganisation! Seid in der Gewerkschaft nicht Eintagsfliegen! Macht die Aufgaben der Gewerkschaft zu Euren eigenen und strebt für sie mit vollster Aufopferung und Solidarität unter freudiger Befolgung des ehernen Grundsatzes, daß allen durch alle geholfen werden muß! Werbet Verbandsmitglieder aus voller, idealer Überzeugung! Dann werbet Ihr den fruchtbarsten Baum der Gewerkschaft hegen und pflegen und reiche Früchte werden der Lohn sein! Begreift darum den hohen Sinn dieser Bewegung und handelt danach!

## Zur Arbeitslosenfrage.

Unter dem Titel „Praktischer Sozialismus“ bringt Genosse Erwin Barth im „Vorwärts“ folgenden Beitrag zur Arbeitslosenfrage:

Der Kernpunkt unserer großen wirtschaftlichen Not ist der verminderte Produktionsbeitrag der deutschen Volkswirtschaft und die gleichzeitige riesenhafte Arbeitslosigkeit,

die unsere Wirtschaftskraft noch mehr schwächen muß, wenn sie nicht raschestens behoben werden kann.

In der Beschaffung von Arbeit für Arbeitslose ist zurzeit in Deutschland noch sehr wenig Praktisches geschehen. Man bringt wohl den ersten Anforderungen, die dieses Problem stellt, Verständnis entgegen, aber es fehlt die Initiativkraft, das Verständnis in rasch wirkende Aktion umzusetzen. Bisher sind es hauptsächlich die Gemeinden gewesen, die durch Bereitstellung von Notstandsarbeiten versucht haben, die unproduktiven Geldausgaben zur Unterstützung Arbeitsloser durch Bereitstellung von nützlicher Arbeit zu bekämpfen. Aber auch die Gemeinden haben große Schwierigkeiten, weil der Umfang der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel sie zu weiserer Sparsamkeit zwingt. Alle Geldausgaben für die Arbeitslosen müssen ja von der Allgemeinheit aufgebracht werden. Und der wirkliche Arbeitsbeitrag steht sehr häufig hinter dem jurist. was an Geldmitteln für solche Arbeiten ausgegeben wird. Wir sind längst erst in einer größeren Mittelstadt sowohl von amtlicher Stelle als von Seiten des Arbeiterrates gleichlautende Mittelungen gemacht worden, daß die in Angriff genommenen Notstandsarbeiten unverhältnismäßig hohe Ausgaben erfordern, und daß das Arbeitsergebnis so teuer wird, daß die Gefahr besteht, aus Mangel an Mitteln in kürzester Zeit den ganzen Betrieb einstellen zu müssen.

Der Gedanke des Sozialismus ist in der Arbeiterschaft stärker lebendig als die Märchen, daß gerade der Sozialismus eine höhere Produktivität, einen größeren Reichtum bringen soll. Die üblen Folgen, die daraus für die von der Allgemeinheit ausgeführten Notstandsarbeiten sich ergeben, können nur durch eine sozialistische Regelung der Ausführung der Notstandsarbeiten behoben werden.

Man könnte für jeden Komplex von Notstands- und sonstigen für die Beschäftigung von Arbeitslosen geeigneten öffentlichen Arbeiten eine Genossenschaft der dazu aufzufordernden Arbeitslosen gründen, die als Unternehmer der Stadt oder dem Staate gegenüber auftritt. Das Arbeitsgebiet kann man genau abstecken und die Kosten für die Durchführung durch gemeinsame Verständigung festlegen. Die Arbeitslosen selbst übernehmen dann als Unternehmungsgenossenschaft die Ausführung der Arbeit zu dem festgesetzten Preise, und von Amtseite wird lediglich das technische Leitungspersonal und der Bureauapparat der Arbeitslosengenossenschaft zur Verfügung gestellt.

Ich will das an einem praktischen Beispiel näher erläutern. Die Stadt E. hat einen neuen Strabenzug anzulegen oder der Bundesstaat N. hat ein Stück Urland zu kultivieren. Die Behörde hat dafür die nötigen Pläne bereits zur Hand, und sie läßt einen Kostenboranschlag ausarbeiten. Nach Plan und Vorschlag werden zur Ausführung dieser Arbeit 500 Arbeitslose für 6 Monate Dauer benötigt. Bei Zugrundelegung eines wöchentlichen Arbeitslohnes von M. 60 würden nach dem Vorschlag M. 780 000 für Arbeitslöhne notwendig sein. Diese Lohnhöhe ist ganz willkürlich und wird in einzelnen Orten höher sein müssen, in andern vielleicht auch etwas niedriger sein dürfen. Nun werden die 500 Arbeitslosen aufgerufen und festgelegt und auf Grund des bereits vorliegenden Organisationsstatuts zu einer Genossenschaft zusammengefügt. Der Genossenschaftsrat der Arbeitslosen gemeinsam mit dem Vorstand des Gewerkschaftsstellens und dem Arbeiterrat werden von den Amtsbehörden zur letzten Besprechung und Verständigung zusammengerufen. Dabei wird erklärt, daß die Arbeitsgeräte und die eventuelle Unterkunft kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die Kosten dafür sind ebenso wie die Ausgaben für das technische Hilfspersonal bei der Kostenaufstellung zu berücksichtigen. Man einigt sich also beispielsweise auf den vorbereiteten Kostenschlag.

Nun gehen die Arbeitslosen, die zugleich Unternehmer und Arbeiter sind, nach den Weisungen des technischen Personals ans Werk und haben die Arbeit für den vereinbarten Preis zu liefern. Geht die Arbeit rasch vorstatten, werden die Löhne natürlich steigen, wird sie weniger intensiv geleistet, so sinken die Löhne.

Der Arbeitslosengenossenschaftsrat teilt nun die Arbeit mit Hilfe des technischen Personals in einzelne Lose ein und stellt zugleich den Gesamtlohn dafür, der etwas niedriger sein muß, als die Berechnung nach Maßgabe der verfügbaren Mittel und der zu leistenden Gesamtarbeit ergibt. Die Teilgruppen der Arbeitslosen haben also die Möglichkeit, durch besonders intensive Arbeit ihr Einkommen entsprechend zu erhöhen. Es ist damit ein Fortschritt der Bezahlung geschaffen, die in genauem Einklang mit der wirklich geleisteten Arbeit steht. Wird rasch gearbeitet, so werden natürlich nach Beendigung des gesamten Wertes Ueberschüsse des ange-

wiesenen Gesamtarbeitslohn vorbanden sein. Diese Ueberschüsse sind dann unter die mitwirkenden und bis zum Schluß anhaltenden Arbeitslosen zu verteilen.

Es gibt keinen Anreiz, der den Arbeitern den Mehrwert abnimmt und sich unredlich bereichert. Die Arbeitslosen selbst nehmen die Früchte ihrer Arbeitslosigkeit ruhig an sich. Und sie werden dadurch angereizt, jeden ihrer Mitarbeiter im eigenen Interesse zu bester Anstrengung bei der Arbeit anzuhalten. Wer sich besonders um die Arbeit bemüht, der schädigt seine Mitarbeiter, und diese werden ihn durch Wehrheitsbeschlüsse von der weiteren Teilnahme an der Arbeit ausschließen können. Die demot von ihren eigenen Schicksalen und Arbeitsgenossen ausgeschlossenen Arbeiter verlieren damit auch den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung.

Bei Arbeiten, die weit vom Wohnort entfernt liegen und die Trennung des Arbeitslosen von seiner Familie, also einen eigenen Haushalt für den Arbeitslosen erfordern, sind seitens der Gemeinde die Beiträge für die Familienunterstützung weiterzugeben, um den Arbeitslosen die Sorge für ihre Familien zu erleichtern.

Auf diesem Wege, der Sozialismus und gleichzeitige Arbeitslosenfürsorge und praktische Wirtschaftspolitik ist, können die Interessen der Allgemeinheit gleichzeitig mit den besonderen Bedürfnissen der Arbeitslosen glücklich verknüpft werden und kann eine große Verbesserung unter die um die Zukunft ihrer Existenz schwer besorgten Arbeitslosen getragen werden.

**Ein Aufruf der Reichsregierung.**

In einem Aufruf an das deutsche Volk führt die Reichsregierung erneut vor Augen, daß wirtschaftliche und politische Anarchie das Reich zu zerstören drohen. Sie betont, daß nur Arbeit retten kann und jeder Streit und jeder Kampf nur Abgrund führt. Sie erklärt, daß sie im Bewußtsein der wirtschaftlichen Demokratie zu schaffen, insbesondere die Betriebsräte ausbauen zu wollen. Man muß hoffen, daß die Mahnung der Regierung, aus der tiefsten Not der Zeit herausgehoben, überall gehört und beachtet werde; aber sie selber muß sich auch im Klaren sein, daß rasches praktisches Handeln nötig ist, um die außerordentliche Erregung der Zeit in ruhigere Bahnen zu lenken.

**Der Aufruf lautet:**

Während Nationalversammlung und Reichsregierung in voller Erkenntnis und Würdigung der ihr vom freien deutschen Volk übertragenen großen Aufgaben am demokratischen Fundament der Republik arbeiten, drohen wirtschaftliche und politische Anarchie das Reich zu zerstören. Terroristische Elemente wollen die aus dem freiesten Wahlrecht hervorgegangene Nationalversammlung beseitigen. Jedes Mittel dazu ist ihnen recht. Sie streben danach, Weimar vom übrigen Deutschland abzusperren und dadurch Reichsregierung und Nationalversammlung gleichermäßen machtlos zu machen. Demgegenüber erklären wir: Nichts darf den Abschluß der Versammlung aufhalten. Die Arbeit der Nationalversammlung an der Hebung und Wiedergeburt und wirtschaftlicher Wie darf nicht behindert werden. Sie soll uns den Frieden bringen! Diese Lebensnotwendigkeit werden wir mit aller Entschlossenheit sicherstellen. Verleumdung gefährlichster Art ist es, wenn die gewalttätigen Schürer des Aufruhrs behaupten, Nationalversammlung und Reichsregierung hätten sich den Aufgaben der Stunde entzogen, den Vorgängen im Reich kein Gehör geschenkt oder wollten gar die Arbeiterschaft um die Früchte der Revolution bringen. Wir stehen und fallen mit den Grundgesetzen der Demokratie. Hier gibt es für uns kein Parteilagen. Die politische Macht gehört allein der freigewählten Vertretung des Volkes und der von ihrem Vertrauen getragenen Regierung. Das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes nach innen muß, so gut wie das nach außen, gegen jede Gewalt gesichert werden. Noch

größer als die politische Gefahr ist die wirtschaftliche Notlage unseres Landes. Wir können uns aus eigenem Vorrat nicht bis zur neuen Ernte ernähren. Die Blockade zehrt am Mark unseres Volkes. Tagtäglich gehen Tausende an Hungererkrankung zugrunde. Die Kohlenförderung stockt in erschreckendem Maße. Zahllose Fabriksbetriebe stehen still. Eine ungeheure Arme von Arbeitslosen ist angewachsen. Täglich werden neue Bahnlücken stillgelegt. Der spärlische Rest brauchbarer Lokomotiven bewältigt auch nicht mehr den notwendigen Teil von Verkehr und Transport. Da lautet das erste Gebot: An die Arbeit! Nur sie kann uns retten, jeder Schritt führt und einen Schritt näher dem Abgrund. Wie in allen Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiter, erklären wir auch heute: Gleich wichtig wie die politische ist uns die wirtschaftliche Demokratie. Nur sie kann alle Kräfte wecken und am Werk halten, die unsern völligen Untergang zu wenden vermögen. Wir sind dabei, das Geschick der wirtschaftlichen Demokratie zu schaffen: Das einheitliche soziale Arbeiterrecht auf freihetlicher Grundlage. Wir werden die Organe der wirtschaftlichen Demokratie ausbauen: Die Betriebsräte, wie wir sie schon in den Verhandlungen mit den Vergärbeitern aus dem Ruhrgebiet und aus Halle vorschlugen, die aus freiesten Wahlen hervorgegangene Berufsvertreter aller Arbeiter sein müssen. Wir werden das Ziel, die wirtschaftliche Demokratie, erreichen: Die konstitutionelle Arbeit auf demokratischer Grundlage! Alles das in Verbindung mit der Sozialisierung der Wirtschaftszweige, die sich wie vor allem Bergbau und Erzeugung von Energie, zur Uebernahme in öffentliche oder gemischt-wirtschaftliche Bewirtschaftung eignen oder der öffentlichen Kontrolle unterstellt werden können. Im neuen Deutschland soll Arbeiten soziale Pflicht sein, Mühsigang und genußsüchtiges Drogenentum mit allen Mitteln unterdrückt und ausgeremert werden. Vorwärts drum auf dem Wege organisch aufbauender Arbeit! Wilde Sozialisierungsversuche, terroristischen Zwang gegen die Arbeiterschaft, bewaffneten Aufstand, Zerstörung des Reiches werden wir rücksichtslos bekämpfen. Uns ist jedes Menschenleben heilig. Die Revolution gibt keinen Freibrief auf Mord, Mord und Gemaltätigkeit jeder Art. Ueber allem steht das Leben des Volkes, vor sich an ihm vergeht, ist unser Feind! Die Strenge des Gesetzes wird ihn treffen! Nach vier Jahren furchtbaren Krieges, mit ungeheuren Zerstörungen an Kulturwerten und einem Meer von Blut wollen wir nicht, daß auch noch die Schrecken des Bürgerkrieges mit seinen niederstehenden Wunden, mit all seinem Schand und seiner Zerrüttung unser Vaterland zerstören. Friede nach innen und außen, Wiederaufbau und Wiedergeburt: das ist die Sehnsucht unseres Volkes!

Eine gewaltige Mehrheit von 22 Millionen Wählern hat uns zur Reichsregierung berufen. Steht zu uns, wie wir zu Euch stehen! Das ganze Volk schließt sich uns an gegen Vergewaltigung, Zerstörung und Zusammenbruch! Wenn wir einig sind, ist uns die Zukunft sicher!

**Die Sozialisierung.**

Dem Staatenausschuß ist seitens der Reichsregierung der folgende Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes vorgelegt worden:

§ 1. Jeder Deutsche hat seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit von ihm fordert. Die Arbeitskraft als höchstes wirtschaftliches Gut der Nation steht unter dem Schutze des Reiches. Das Reich gewährleistet jedem Deutschen die Möglichkeit, durch eine seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeit sein Leben zu unterhalten. Soweit er Arbeitsgelegenheit nicht zu finden vermag, wird ihm nach Maßgabe eines besonderen Reichsgesetzes der notwendige Unterhalt aus öffentlichen Mitteln gewährt.

§ 2. Wirtschaftliche Unternehmungen und Werte, insbesondere Bodenschätze und Naturkräfte, in die deutsche Gemeinwirtschaft zu überführen, sowie die Herstellung und Verteilung der wirtschaftlichen Güter für die

deutsche Gemeinwirtschaft zugunsten des Reiches, der Gliedstaaten, Gemeinden oder Gemeinverbände zu regeln, ist Sache des Reiches.

§ 3. Die deutsche Gemeinwirtschaft wird durch wirtschaftlichen Selbstverwaltung der Volkswirtschaften geleitet. Die Selbstverwaltungszustellen werden vom Reich bestimmt. Das Reich kann sich bei der Durchführung des Auftrags der Selbstverwaltung der Gliedstaaten bedienen.

§ 4. In Ausübung der im § 3 vorgesehenen Schutzmaßnahmen wird angeordnet durch besonderes Reichsgesetz die Ausnutzung von Brennstoffen, Wasserkräften und sonstigen natürlichen Energiequellen und von der aus ihnen stammenden Energie (Energiewirtschaft) nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt. Zunächst tritt für das Teilgebiet der Kohlenwirtschaft ein Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft gleichzeitig mit diesem Gesetz in Kraft.

§ 5. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verbindung in Kraft.

Gleichzeitig mit dem Sozialisierungsgesetz ist dem Staatenausschuß auch ein Gesetz zur Regelung der Kohlenwirtschaft zugegangen, das unter andern bestimmt:

Kohlen im Sinne dieses Gesetzes sind Steinkohle, Braunkohle, Preßkohle und Koks.

Das Reich regelt die gemeinwirtschaftliche Organisation der Kohlenwirtschaft.

Die Leitung der Kohlenwirtschaft wird dem zu bildenden Reichskohlenrat übertragen. Die Reichsregierung schließt die Kohlenengpässe für bestimmte Bezirke zu Verbänden und diese zu einem Gesamverband zusammen. Den Verbänden liegt die Regelung von Förderung, Selbstverbrauch und Absatz unter Aufsicht der Reichsregierung und des Reichskohlenrates ob.

Die Reichsregierung regelt die Feststellung der Preise. Vor der Regelung beruft die Reichsregierung einen Sachverständigenrat für die Kohlenwirtschaft, der aus 16 Mitgliedern besteht. Je 15 Mitglieder sind nach näherer Bestimmung der Reichsregierung von den Arbeitgebergruppen, den Arbeitnehmergruppen und den Arbeitskammern zu wählen. Von diesen entfallen: Auf den Ruhrbezirk, einschließlich der benachbarten Steinkohlenbezirke je 5, auf den Saar-, niederelsässischen, Lotharer und schlesischen Steinkohlen- und Braunkohlenbezirk, auf den mitteldeutschen Braunkohlenbezirk und die bayerischen Bezirke je 1, auf den oberelsässischen Bezirk je 2 Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Die Reichsregierung erläßt die näheren Vorschriften zur Durchführung des Gesetzes und kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen mit Geldstrafe bis zu M 100 000, im Wiederholungsfalle außerdem bis ein Jahr Gefängnis bestraft werden.

Das Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Sozialisierungsgesetz in Kraft.

**Aus unserm Beruf.**

**Dein Verband Dein Glück.**

Wenn wir zurückschauen auf das, was uns an Unangenehmem im Leben aufgestoßen, was sich an Schädlichem im Leben unserer Verwandten, Freunde, Kollegen ereignet hat, dann können wir fast immer wieder feststellen, daß ein wirtschaftliches Moment die Ursache gewesen ist. Meist spricht man allerdings von Schicksalsschlägen oder von unglücklichem Zufall, doch hat das alles meist nur den äußeren Eindruck der Zufälligkeit und natürlichen Unabänderlichkeit, und wenn wir tiefer schauen, dann finden wir, daß selbst ein Ereignis der allgemeinsten und unabänderlichsten Art, das sich in unserer oder unserer Freunde Familien zugetragen; daß auch der Tod nicht so unabänderlich ist und so herrschgewaltig, daß er vielmehr abhängt von dem wirtschaftlichen Zustand.

**Eine Anregung zur Bekämpfung des Wohnungswuchers.**

Zu den mannigfachen Uebeln, die das Dasein des Arbeiters verbittern, die ihn zum ruhigen Genießen der Früchte seiner Arbeit gar nicht recht kommen lassen — zu diesen Uebeln gehört wohl, nicht zum mindesten, auch das „Wohnungsübel“ unter der Ära des Hausagrarierturns. Immer drohender schwebt dieses Uebel über dem Haupte des Besitzlosen; denn in erster Linie sind es die kleineren Mieter, die verheirateten Arbeiter, die am meisten unter den bösen Launen eines Hauspächters zu leiden haben. Durch die modernen Verhältnisse gezwungen, muß der heillos Mensch, sobald er Familienvater geworden ist, sich der Gnade eines andern Menschen überlassen, der auf seinem Grund und Boden ein Mietshaus errichtet oder auf irgendeine Weise erworben hat. Dieser Mensch, in seiner Eigenschaft als Hauseigentümer und Grundherr, gestattet dem Besitzlosen gegen ein Entgelt gnädigst, unter „fremdem Dach“ sich niederzulassen; er hat jetzt ein Obdach und zahlt dafür Mietzins. Dies wäre ja nun an und für sich kein Uebel, wenn der Grundsatz: „Leistung — Gegenleistung“ gewahrt bleibt. Davon ist aber bei unsern heutigen Miets- und Wohnungsverhältnissen gar keine Rede; denn willkürlich hat es der Eigentümer in der Hand, dem von ihm abhängigen Mieter jeden Groschen eines etwaigen Mehrerwerbes abzuquetschen, indem er den Mietzins steigert.

Das braucht sich ja nun der Mieter nicht gefallen zu lassen, er kann ja den Mietvertrag kündigen und ausziehen, sich ein anderes Quartier suchen. Gewiß, das geschieht auch da wo es irgend angängig ist, das heißt, wo der Mieter die Aussicht hat, woanders billiger und besser zu wohnen. In den meisten Fällen aber ist dies nicht der Fall, man kommt einfach aus dem „Regen in die Traufe“, es ist überall gleich; denn die Herren Hausbesitzer halten zusammen. Sie handeln nach demselben Prinzip wie wir; sie haben sich zusammengeschlossen in einen „Grundbesitzerverein“. Diesen Bestehen dahin geht, den Mietzins mit

bereinten Kräften stetig höher zu schrauben. Alle die, welche also das Recht für sich in Anspruch nehmen, von dem Ertrag der Wohnungsmieten zu leben, ohne sich besonders anzustrengen, konzentrieren ihr ganzes Dichten und Trachten darauf, die Preise der Mietwohnungen, wenn es irgendwie möglich ist, zu erhöhen, und verstehen es in normalen Zeiten durchzusetzen, daß die Errichtung von Wohnhäusern systematisch eingeschränkt wird, um keinen Ueberfluß an Wohnungen entstehen zu lassen. Analog unserer Arbeitslosenversicherung entschädigt man sogar diejenigen Hausbesitzer, die infolge eines etwaigen Ueberflusses an Wohnungen solche leer stehen haben, damit sie ihre freien Wohnungen nicht unter dem vereinbarten Mietpreis abgeben. Begünstigt wird dieser Wohnungswucher nun noch durch den Umstand, daß ein Umzug nicht nur mit großen Unbequemlichkeiten, sondern auch mit gewissen Unkosten verknüpft ist. Gemeinhin ist ein solcher Umzug auf gewisse Tage beschränkt, und da der Arbeiter seine Pflichten nicht immer selbst in ein anderes Quartier transportieren kann, so muß er besondere Transportmittel in Anspruch nehmen. Die Besitzer solcher Transportmittel machen es aber wie die Bauern, das heißt, sie machen „Hen, wenn die Sonne scheint“, sie nehmen ihren Vorteil wahr und lassen sich anständig bezahlen; denn so eine Umzugszeit ist für sie gleichbedeutend mit der Heuernte der Bauern. Das wissen die Herren Wohnungswürmer sehr gut, sie kalkulieren daher ungefähr so: Ein Wohnungsumzug kostet den Mieter vielleicht M 50 bis M 100, ergo steigern wir ihn um M 30 bis M 40 im Jahr, dann überlegt er sich die Sache und bleibt sitzen. Im nächsten Jahr wird dann die Sache wiederholt. Unter diesen Umständen bleibt dann der Arbeiter sitzen der „Dumme“; denn abgesehen von der Entlastung des Umzuges, hat er keinen Vorteil, wenn er in seiner Bude hocken bleibt; der Eigentümer des Hauses wird ihn nicht vor — Diesen Umstand sollten wir einmal fest ins Auge fassen und auf Abwehrmittel denken. Daß es solche Abwehrmittel gibt, daran ist nicht zu zweifeln; denn ebensogut wie wir mit dem intelligenten Unternehmertum unsere Streitfragen lösen, dürften wir mit dem philis-

trösen Hausagrarierturn fertig werden, wenn wir ernsthaft die Sache anpacken. Die Vertreter dieses Parasiten-geschlechts betreiben ihr Geschäft mit einer gewissen Vorsicht, das heißt sie erhöhen den Mietzins zwar stetig, aber immer nur um Kleinigkeiten; sie rechnen damit, daß der Arbeiter solche Abzapsung kaum merkt und, wenn er sie merkt, ein kleineres Uebel dem größeren vorzieht. Das kleinere Uebel bildet hier die Mietssteigerung, das größere der Umzug mit seinen Unbequemlichkeiten. Ein solcher Umzug kostet den Arbeiter — falls er seine Wirtschaft nicht in Taschenrechner fortzuschleppen kann —, abgesehen von bösen Zwischenfällen (Beschädigungen usw.), meist das Doppelte und Dreifache von dem, was ihn der Hauswirt gebeizert hat; da bleibt er lieber im Dau sitzen und zahlt — weiter.

Hier heißt es einsehen mit der Belämpfung des Wohnungswuchers. Rücksichtslos muß solchen Hausmieten bedeuert werden: „Mietssteigerung — das gibt es nicht!“ Auf dieser Weigerung beruht das einzige Mittel, dem Wohnungswucher an der Wurzel beizukommen. Entweder steht der Hauswirt ab von seiner Mietssteigerung, oder aber der Mietvertrag gilt als gelöst, das heißt es findet das selbe statt, als wenn ein Arbeitsvertrag gelöst wird. Im letzteren Falle tritt die Unterstützung der Organisation ein, entweder Arbeitslosen- oder Reiseunterstützung; im ersteren Falle würde es sich dementsprechend um Vergütung der Umzugskosten handeln.

Gemäß dem Wahlspruch: „Eintracht macht stark“ huldigen wir dem Prinzip der Vereinigung, das in bedeutsamer Weise in unsern Gewerkschaftsorganisationen zum Ausdruck kommt.

Als die infolge der Besitzlosigkeit schwächeren Bestandteile der menschlichen Gesellschaft haben wir uns so mehr Veranlassung, uns zu vereinigen, um frivole Angriffe auf unsere wirtschaftlichen Interessen nachdrücklich abzuwehren zu können. Welche Macht in dieser Vereinigung liegt, das haben wir bei hartnäckigen Lohnkämpfen oft genug zu beobachten Gelegenheit gehabt. Es wird hier gewiß niemand in Abrede stellen wollen, daß sich unsere wirtschaftliche Lage nach dieser Richtung hin insofern gebessert hat, als die

Man hat statistisch bewiesen, daß sowohl Lebensalter als Arbeitsfähigkeit und Gesundheit mit den wirtschaftlichen Verhältnissen parallel gehen, daß der Mensch um so länger sich seines Daseins freuen kann, je besser er wirtschaftlich gestellt ist. Der absolute Herrscher unseres Zeitalters ist darum unser wirtschaftliches Los.

Es bedeutet darum eine ausgesprochene Lebensfeindschaft, wenn der Mensch seine wirtschaftliche Lage nicht zu bessern sucht. Bessern kann der einzelne sein Los jedoch nicht. Neben den einzelnen schreitet der Tod ebenso hinweg wie seine Schwester, die wirtschaftliche Not. Der Einzelmensch kann sich allein bringen ihm wirtschaftlichen Gewinn und weiß damit gütlich auf seinem Wege den sich nähernden Tod.

In Deiner Organisation sind Deines Schicksals, und Dein Verband ist Deines Glückes Schlichter. Um darf kein Kollege mehr außerhalb des Verbandes sein. Alle Berufskollegen hinein in unseren Verband! muß unsere Lösung sein.

**Dreslau.** In einer von arbeitslosen Kollegen abgehaltenen Versammlung sprach Kollege Rosenberger über Arbeitslosigkeit, Arbeitsbeschaffung und Arbeitsvermittlung. Seine Ausführungen gingen hervor, daß durch den unheimlichen Mangel an Arbeitsmitteln und deren teure Beschaffung ein Teil der Auftraggeber nicht gewillt ist, Reparaturarbeiten ausführen zu lassen. Deshalb hatte sich die Kommission, vereint mit dem Arbeitgeberverband, an die städtischen Behörden und den Demobilisierungsausschuß in der Bitte gewandt, Arbeiten schleunigst bereitzustellen; hier zu erörtern, ob durch Gewährung von Zuschüssen den Reparaturarbeiten den Grundbesitzern ein Anreiz zur Ausführung von Arbeiten gegeben würde. Diese Vorschläge und Anregungen scheinen erfolglos geblieben zu sein; denn eine Mitteilung über letzteren Antrag ist an den Verband nicht erfolgt. Durch diesen langwierigen Geschäftsengang ist die Lage der arbeitslosen Maler immer prekärer geworden, und es ist erwiesen, daß unsere Kollegen nicht Unterstützung, sondern Arbeit verlangen. In weiterer Uebelfand ist, daß die offenen Stellen von den Arbeitgebern nicht im städtischen Arbeitsamt gemeldet werden, trotzdem eine diesbezügliche Verordnung darüber besteht. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute versammelten arbeitslosen Maler, Malerinnen und Anstreicher erwarten sofortige Inangriffnahme der zugefügten städtischen und staatlichen Berufsstellen. Der Bedarf an Arbeitskräften ist gemäß der Erfüllung des Volkswirtschaftsamt von den Arbeitgebern im städtischen Arbeitsamt zu melden, damit die arbeitslosen von dort vermittelt werden können und das Geld der Steuerzahler nicht unnütz für die Arbeitslosen ausgegeben wird. Diese Entschließung wurde dem Arbeitgeberverband und dem Demobilisierungsausschuß überreicht. Kollege Rosenberger wurde beauftragt, im Gewerkschaftsausschuß des Arbeitsnachweises zu wirken. Kollege Kallan wurde in den Erwerbslosenausschuß gewählt.“

**Miel.** Am 22. Januar hielt die Zentrale ihre Generalversammlung ab. Kollege Fahrenz gab, zurückgreifend auf das Jahr 1918, über die Kriegsjahre im Allgemeinen und über das verlossene Jahr im Besonderen einen Überblick über den Werdegang der Zentrale. Die Agitation, die im Jahre 1918 nicht so erhaltend werden konnte, wie es wünschenswert gewesen wäre, weil uns daran der große Lohnkampf behinderte, sollte und mußte im Jahre 1919 nachgeholt werden. Schon konnten wir gute Erfolge verzeichnen: da, mitten in der Agitation, verabschiedet uns der Krieg und zerstörte vieles, was im Kriegsjahre mühseliger Arbeit aufgebaut war. In Kiel ist wurden gleich zu Beginn des Krieges Hunderte von Kollegen aus unserer Mitte gerissen. In einigen unserer Hauptstellen wurden die Kollegen restlos bis auf den letzten Mann eingezogen. In jeder Beziehung wirkte

der Krieg äußerst hemmend auf die Entwicklung unserer Zentrale. Die Arbeitslosigkeit, die Abwanderung der Kollegen in Kriegsbetriebe und alle sonstigen Begleiterscheinungen des Krieges haben die ganzen Kriegsjahre über die Agitation stark beeinträchtigt. Nicht zuletzt, wenig nach Frieden sah zu Beginn des Jahres 1918 die Zukunft aus, und doch sollte, wenn gleich wir noch nicht zum lang ersehnten Frieden gekommen sind, am Jahresende das Menschenmorden beendet sein. So schwierig es mitunter auch gewesen ist, weil oftmals die nötigen Kräfte gefehlt haben, so glauben wir doch sagen zu können, alles, was irgend getan werden konnte, der Zentrale einen Aufschwung zu geben und die Interessen der Kollegen zu vertreten, ist getan worden.

Mit dem 1. Januar 1918 trat für Kiel nach vorausgegangener Brückler Verhandlung eine Lohnerhöhung von 25 % pro Stunde ein. Es betrug somit der Stundenlohn M 1,15. Im Juli beschloß von neuem eine Mitgliederkonferenz, um wenigstens in etwas einen Ausgleich gegenüber der fortwährenden Steigerung der Lebensmittelpreise und sonstigen Bedarfsartikel herbeizuführen, eine weitere Teuerungszulage von 35 % bei der Forderung zu beantragen. Nicht lange Zeit hat die Forderung genügt, da sie unsere Forderung restlos anerkannte. Vom 11. Januar dieses Jahres an sollte erst die volle Teuerungszulage von 85 % gezahlt werden. Eine nochmalige Verhandlung aber ergab, daß wenigstens unsere Forderung rückwirkend vom 1. Dezember ab anerkannt wurde. Die Umrechnung des Lohnes von 8 auf 8 Stunden erfolgte schon im November und betrug 15 % die Stunde. Außer den Kollegen auf den Werften haben auch im letzten Jahre nur wenige Kollegen im Beruf gearbeitet, und insbesondere war die Agitation dadurch bedeutend erschwert. Ein erfreulicher Umstand in der Agitation wurde durch die Revolution hervorgerufen. Gaben die uns bisher fernstehenden Kollegen die Notwendigkeit ein, nachdem das Protestat seine Befehle zu leisten selber in die Hand genommen hatte, daß es Pflicht aller Kollegen ist, sich zu organisieren, oder hat auch hier ein sanfter Druck nachgeholfen, daß diese Kollegen den Weg zur Organisation fanden? Wir wollen diese Frage ununtersucht lassen; doch wollen wir freudig konstatieren, daß manche Kollegen, die unsere Reihen schon verlassen hatten, in den Revolutionsmonaten nicht nur wieder zu uns kamen, sondern sich auch als tüchtige Agitatoren erwiesen. Am Schlusse des Jahres 1917 zählte unsere Zentrale 244 Mitglieder, am Schlusse des Jahres 1918 hingegen 502 Mitglieder. Somit haben wir unsern Mitgliederbestand, der bei Kriegsbeginn 648 betrug, bald wieder erreicht. Von 488 Kollegen; 12 Kollegen gehen als vermisst, die größtenteils sind, waren, soweit uns bekannt ist, am Jahresende 190 Kollegen noch nicht entlassen. In Gefangenschaft weilten, soweit wir in Erfahrung gebracht haben, 10 Kollegen, 12 Kollegen gehen als vermisst, die größtenteils wohl als gefallen betrachtet werden können. Weitere 80 Kollegen müssen wir als gefallen betrachten. Unter den Gefallenen sind manche Kollegen, die jahrelange Funktionen im Verbande bekleidet haben. Es wird allen diesen Kollegen ein ehrendes Andenken bewahrt werden. Die Beitragsberechnung ist gut darzulegen und auch die Beitragszahlung ist zufriedenstellend; entfallen doch durchschnittlich in jedem Quartal 12,87 Mark auf jedes der Mitglieder. Von der Beitragsbefreiung haben nur wenige Kollegen Gebrauch gemacht; denn im ganzen Jahre sind nur 192 Beitragsfreie Mark abgezogen. Als günstig können ebenfalls unsere Massenverhältnisse bezeichnet werden. Die Jahresrechnung betrug M 25 528,84, die Jahresausgabe M 19 091,08. Der Kassenbestand von M 10 482,58, unter Einzurechnung von M 995,80, die bei der Hauptkassierstelle eingekassiert sind, beträgt nur M 288,48 weniger als er bei Ausbruch des Krieges betrug, trotzdem bedeutende Summen während der letzten Jahre an Unterstützungen aus der Zentrale bezahlt sind.

Mit dem Raum der Zeitung rechnend, ist es nur möglich, ganz kurze Hinweise auf die Gestaltung und

Entwicklung der Zentrale zu geben. Daß eine weitere Entwicklung der Zentrale vor sich geht, daß kein Erlahmen in der Agitation einsetzt, dafür müssen nun alle Kollegen mit sorgen. Bei der Neuwahl der Zentraleverwaltung sind Kollegen auf Posten berufen, die sie schon jahrelang inne hatten, denen schon jahrelang Vertrauen geschenkt worden ist, daß sie die Interessen der Kollegen voll und ganz vertreten.

Nun, Kollegen, ist es aber notwendig, damit wir vorwärtskommen, daß Ihr Euch alle geschlossen hinter die Zentraleverwaltung stellt und Hand in Hand mit dieser arbeitet, damit auch der letzte unorganisierte Kollege für unsern Verband gewonnen wird. Nicht nur ist es notwendig, daß wir unsern Verband neue Mitglieder zuführen, sondern auch politisch müssen unsere Kollegen organisiert werden, und ebenfalls müssen sie selber der Arbeiterpresse werden. Mehr denn je hängt der politische Himmel voller Wolken; sorgen wir alle dafür, daß er klarer werde, daß Aufklärung geschaffen wird, damit wir die erzwungene Freiheit voll und ganz genießen können. G. F.

**Gewerkschaftliches.**

**Wachung, Land- und Waldarbeiter!** Vom Vorstand des Landarbeiterverbandes wird uns geschrieben: Die freigewerkschaftliche Organisation für alle in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ist der Deutsche Landarbeiterverband, Sitz Berlin, Michaelstr. 1, 2. Et. Es besteht außerdem noch ein Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter Deutschlands mit dem Sitz in Wieselsch. Letzterer Verband gehört zu den christlichen Gewerkschaften. Vorstand ist Franz Behrens, sozialistischer Abgeordneter der Deutschen Nationalversammlung. Dieser christliche Verband hat bis zum Ausbruch der Revolution immer seinen christlich-nationalen Charakter geoffenbart. Jetzt stellt dieser Verband das Christlich-Nationale zurück und bezieht sich als demokratische Gewerkschaft. Ferner wird von jener Seite die unwahre Behauptung verbreitet, im freigewerkschaftlichen Landarbeiterverband müßte jedes Mitglied sozialdemokratisch sein. Es haben sich schon viele Land- und Waldarbeiter dadurch betören lassen und sind in den christlichen Verband eingetreten, weil sie annahmen, es sei eine freigewerkschaftliche Organisation. Das beweisen die Hunderte von Uebertritten, die diese irreführenden Kollegen nach kurzer Mitgliedschaft in dem christlichen Zentralverband zum Deutschen Landarbeiterverband vollzogen haben. Wir bitten alle Gewerkschaftsanhänger, Vorstehendes zu beachten und die Land- und Waldarbeiter entsprechend aufzuklären.

**Sozialpolitisches.**

**Die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes im Reich** hat in der letzten Woche infolge wärmerer Witterung in einzelnen Zweigen des Arbeitsmarktes eine leichte Besserung erfahren. Das Baugeschäft konnte vereinzelt, soweit es der Mangel an Rohmaterial zuließ, seine Tätigkeit wieder aufnehmen. Auch die Holzhandarbeiten sind allerdings wieder in Gang gekommen. Im Bergbau ist die Zahl der offenen Stellen noch immer groß, zum Beispiel werden im westfälischen Steinkohlenbergbau noch wie vor 13 758 Arbeitskräfte gesucht. Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ist der Arbeiterbedarf vorläufig schon fast vollständig gedeckt. Hier scheitert die weitere Annahme von Deuten hauptsächlich an der Unmöglichkeit ihrer Unterbringung, wo denn aus sämtlichen Bergwerksbezirken über Mangel an Wohnungsverhältnissen heftig geklagt wird.

In der Industrie vergrößert sich das Heer der Arbeitslosen trotz aller Hoffnungen auf Besserung. Rohlen- und Kohlenstoff-, Verkehrs- und Bergbau, erschwerte Arbeitsbedingungen und Mangel an Aufträgen führen immer mehr zu Betriebs Einschränkungen und Einstellungen. Nur bei den Schuhmachern, Schneidern, Tischlern und Stellmachern

Arbeitszeit gegen früher in den meisten Berufen eine längere geworden und die Arbeitslöhne gegenüber der Entlohnung unserer Väter im allgemeinen gestiegen sind.

Über was will das sagen, wenn uns das geringe Mehr an Lohn ständig durch Besteuerung unserer notwendigsten Lebensbedürfnisse „vermehrt“ wird! Außer den unentbehrlichsten Lebensmitteln sind es namentlich die Wohnverhältnisse, die fortwährend erhöhte Ansprüche an unsern Geldbeutel stellen. Zutreffend äußerte sich hierüber der bekannte Graf Kosobowsky, indem er in einem Vortrage sagte: „Die Höhe der Miete richtet sich bisweilen nicht nur nach den Grundstücks- und Baupreisen sowie der Höhe des Zinsfußes, sondern auch nach den Einkommensverhältnissen der Mieter. Mietsteigerungen, namentlich wenn sie auf Verabredungen der Hausbesitzer beruhen und durch ein Ueberangebot von geeigneten Wohnungen nicht bereinigt werden können, seien geeignet, jede Zulage an Lohn oder Gehalt in ihrer wirtschaftlichen Wirkung aufzuheben.“

Darauf Bezug nehmend, erklärte der ehemalige Staatsminister: „daß es endlich Zeit sei, die veralteten Vorrechte des Grundbesitzstandes aufzuheben und die Städteordnungen neu zu gestalten, damit die Wohnungsfrage im Interesse der minderbemittelten, beschwerdeten Bevölkerung behandelt werden kann.“ Die Schlüsselrolle des Medners bezog sich auf die Steigerung der Mieten, die in keinem Verhältnis zu dem Gesamteinkommen des Mieters stehe und demgemäß zum Schaden der Befriedigung seiner übrigen Lebensbedürfnisse erfolge, sowie die Gefahr der Kündigung mit all den wirtschaftlichen Nachteilen häufigen Umzuges für Familie, Beruf und Gewerbe seien die hauptsächlichsten wirtschaftlichen Schädigungen des Mietwahrnehmers.

Zur Vereinfachung obiger Mißstände empfiehlt nun Graf Kosobowsky die rechtliche Ausgestaltung sowie die geordnete finanzielle Unterstützung des Erbbauers, wonach einem Dritten das Recht eingeräumt wird, auf einem fremden Grundstück eigene Baulichkeiten für einen bestimmten Zeitraum zu errichten. Im weiteren erfordere

eine Besserung der Wohnungsverhältnisse aber auch „Aenderungen der Gesetze, und zwar dahingehend, daß in gewissen Stadtteilen nur Gebäude mit Kleinwohnungen errichtet werden dürfen.“

Dies sind alles schöne Gedanken; aber es kommt doch anders. Solange die Mehrheit unserer Stadtverordnetenkollegen aus Hausbesitzern besteht, dürften weder solche Gesetze noch auch eine Begünstigung des Erbbauers zu erwarten sein; denn nach wie vor wird seitens der Hausbesitzervereine jede Wohnungsnot geleugnet, und etwaige Begünstigungen zur Beseitigung des Übels werden als Eingriff in die Rechte der Hausbesitzer bekämpft.

Der Vorschlag des gräflichen Sozialpolitikers betreffs selbständiger Errichtung von Wohnhäusern ist freilich sehr verlockend — gerade so verlockend, wie wenn gesagt wird: „Führt Ihr Euch bei einem Unternehmer bedrückt, so werdet selbst Unternehmer und baut Euch eine Fabrik.“ So wenig lehreres bis jetzt in der Praxis zur Abwehr von Bedrückung durchgeführt wird, ebenso wenig ist die Errichtung eigener Wohnhäuser praktikabel. Im ersten Falle greifen wir als Abwehrmittel zur Arbeitsniederlegung; dementsprechend dürfte im letzteren Falle ein Generalstreik des Wohnungsmieters am Platze sein, wie solcher schon in der ungarischen Stadt Budapest geplant war. Dort beschlossen die bedrängten Mieter, an einem bestimmten Tage (1. August) die Zahlung des Mietzinses zu verweigern. Die Konsequenz dieser Maßregel war, die Behörde zu zwingen, für diese etwa 100 000 Wohnparteien — etwa 1/2 Million Menschen —, falls sie von ihren Hauswirten auf die Straße gesetzt würden, Obdach zu beschaffen. Man nahm an, daß die Behörde dieser Katastrophe machtlos gegenüberstehen und sich zu einer radikalen Abhilfe und zu einem Einschreiten gegen den Wohnjammer veranlassen würde. Anerkennungswert ist hier die Einmütigkeit des Vorgehens gegen die Hausbesitzer und Wohnungsmacher; leider ist der Erfolg bei solchem heldenhaften Vorgehen ohne irgendwelchen Rückhalt meist recht problematisch und wenig erproblicher Natur. Wirklicher als ein derartiges heroisches Mittel dürfte für eine streng organisierte Arbeiterpartei der Boykott sein; vorausgesetzt, daß

kein Wohnungsmangel vorhanden ist. Gestützt auf das Koalitionsrecht und auf eine starke Organisation innerhalb einer Gewerkschaft, kann ein haltbarer Unternehmer gezwungen werden, seinen Arbeitern menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu gewähren; man kann ihn mit gesetzlich erlaubten Mitteln zwingen, von Lohnreduktionen abzusehen, oder aber die Löhne, wo sie für den Lebensunterhalt nicht ausreichen, zu erhöhen.

Daß die Hausbesitzer nicht zu den Freunden der Arbeiter gehören, haben sie seinerzeit auf dem Wohnungsfongress in Frankfurt bewiesen, sie beweisen es auch heute noch durch fortgesetzte Drangalierung ihrer Mieter. Warum gerade hier die Hände in den Schoß legen, warum hier immer nur zahlen, ohne an eine Abwehr zu denken? Es handelt sich nur darum, dem Hausbesitzer zu imponieren und dem bedrängten Mieter die Scheu vor den Umzugskosten zu benehmen, indem ihm aus einem hierzu angesammelten Fonds die Umzugskosten ersetzt werden. Das ist durchaus keine Utopie; denn die meisten Gewerkschaften zahlen heute bereits Umzugsgelder bei Arbeitswechsel nach andern Orten, um den Arbeitsmarkt zu entlasten. Vorbildlich waren hier die alten englischen Trades-Unions, welche ihren Mitgliedern sogar Ueberziehungslosten nach Amerika gewährten, nur um das Angebot von Arbeitskräften zu verringern.

Das Abwehrmittel gegen Mietsteigerung würde sich danach einfach so gestalten, daß nach Prüfung der Sachlage durch die örtlichen Gewerkschaftskartelle dem bedröhten Mieter die Kosten eines etwaigen Umzuges vergütet werden. In den meisten Fällen würde es gar nicht erst zur Anwendung dieses Abwehrmittels kommen, zumal wenn sämtliche organisierten Mieter eines Hauses im Hinblick auf die Umzugsentschädigung gegen den Hauseigentümer Front machen.

Jede Vereinigung von Menschen hat den Zweck, gemeinsame Interessen zu pflegen, sich gegen feindliche Angriffe mit vereinten Kräften zu schützen; dies prägt sich aus in der Arbeitsniederlegung, es findet seinen Ausdruck in der gemeinsamen Wohnungsündigung, wenn es not tut. T. H.

in in der Industrie Arbeitsgelegenheit für männliche Arbeitskräfte in größerem Umfang vorhanden. Dagegen ist ein vollständiges Steigen der Arbeitslosigkeit und ein andauerndes Steigen der Arbeitslosigkeit vor allem bei den Malern und Glazern, bei den Klempnern und Bauwerkstoffern, bei den Tischlern, Sägemännern, Tischlern, Glazern und Malern und Klempnern zu verzeichnen.  
Der Arbeitsmarkt der kaufmännischen und technischen Angestellten hat sich wenig verändert.

Der weibliche Arbeitsmarkt weist erneut ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit auf. Besonders Metallarbeiterinnen werden noch immer in größerer Anzahl entlassen. Eine Quelle der Unzufriedenheit bildet für die tätigen Arbeiter, wie immer wieder von den Arbeitsnachweisen betont wird, der Zustand, daß der Unterschied zwischen der Arbeitslosigkeit unter der Woche und den Arbeitstagen, besonders wenn große Familien vorhanden sind, zu gering ist. Dadurch tritt der Zustand ein, daß ein erheblicher Teil der tätigen Arbeiter weniger verdient, als die Erwerbslosen an Unterbringung erhalten. Es liegt auf der Hand, daß dadurch fortwährend neue Unzufriedenheiten hervorgerufen werden. Aus landwirtschaftlichen Kreisen wird berichtet, daß der Zugang beziehungsweise die Ueberweisung großstädtischer Arbeiter, die mit landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Arbeiten nicht vertraut sind, dagegen die gleichen, wenn nicht höhere Lohnansprüche machen, unter der angefallenen Arbeiterschaft in vielen Fällen Erbitterung hervorrufen.

**Genossenschaftliches.**

**Der Wert genossenschaftlicher Versicherung.** Eine noch recht wenig beachtete Einrichtung unserer Konsumvereine ist die Abteilung für Versicherungswesen, besonders aber die für Feuerversicherung. Während der Kriegsjahre konnte naturgemäß das Versicherungsgeschäft nicht mit der Energie betrieben werden, wie es wünschenswert gewesen wäre, weil die hierfür angefallenen Verursachungskosten zum Meeresdienst eingezogen waren. Jetzt, nachdem diese wieder zurückgehört sind, zeigt diese Arbeit wieder lebhaft ein. Dazu bedarf es aber vor allem auch der Unterstützung durch die Mitglieder. Weicher Wert diesem Zweige der genossenschaftlichen Selbstständigkeit durch private Versicherungsgesellschaften beigegeben wird, zeigt der Umstand, daß sie mit erlaubten und unerlaubten Mitteln am Werke sind, um dem von der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg ins Leben gerufenen Unternehmen den Boden abzugraben. Zunächst werden die Versicherten, wenn sie es nicht ausdrücklich ablehnen, auf weitere 10 Jahre verpflichtet. Kommen diese aber ihren Teil, dann ist in der Regel nichts mehr zu ändern. Der Abschluß einer so langen Versicherungsdauer liegt gar nicht im Interesse der Versicherten. So beispielsweise jemand auf 10 Jahre abgeschlossen und es tritt kurz vor Ablauf der Versicherung ein Brandschaden ein, so wird natürlich für Abminderung ein höherer Prozentsatz in Abzug gebracht, als wenn die Versicherung auf eine kürzere Dauer abgeschlossen ist. Auch in der Höhe der Prämienbemessung ist bei den privaten Gesellschaften eine große Verschiedenheit festzustellen. Es sind Fälle zu verzeichnen, in denen für ganz massive Gebäude 1.50 pro Tausend berechnet waren, bei Steinbauten 1/2 pro Tausend usw. Und nun gar erst die Willkürlichkeit in der Anrechnung von Agenturgebühren. In dieser Beziehung ist den örtlichen Agenten meistens freie Hand gelassen. Als Kuriosum möchten wir hier anführen, daß uns ein Versicherungsagent zu Gesicht kam, in dem die Agentengebühren tatsächlich höher waren als die Prämie selbst. In diesem Falle handelte es sich um ein ganz niedriges Versicherungssumme. Offenbar wollte sich der Agent für die in solchem Falle naturgemäß bestehende Inkassoprovision durch hohe Agentengebühren entschädigen.  
Am Schluß zu ergehen, ist es notwendig, daß die Mitglieder der Konsumvereine ihre Feuerversicherungen nur durch ihren Konsumverein abschließen. Dazu ist aber vor allen Dingen nötig, daß sie ihre Versicherungsscheine im Kontor des Vereins oder den jeweiligen Vertrauensleuten zur Einsicht vorlegen, damit die Verhandlungen rechtzeitig erfolgen können. Auch sind die Vertrauensleute und Vertrauensleute gerne bereit, jede erwünschte Aufklärung und Aufschlüsse in Versicherungsfragen zu geben. Wenn die Mitglieder dieses beachten, so kann es nicht vorkommen, daß sie zu hohe Prämien bezahlen. Auch fallen bei Abschluß der Versicherungen durch die Konsumvereine jegliche Agentur- und sonstige Gebühren fort.

**Sozialisierung der Landwirtschaft durch die Konsumvereine.** Es ist ja nichts Neues mehr, daß sich unsere Konsumvereine, zur Eigenproduktion ihrem Wesen nach bereits landwirtschaftliche Betriebe angegliedert. Sie gehen zur Produktion über und erlangen damit die Kontrolle über das Produkt in dessen ganzen Lebenslauf. So hat der Konsumverein München im letzten Jahre ein Landgut erworben, das auch drei große Mühlenwerke umfaßt. Die Erwerbung ging in der Weise vor sich, daß der Konsumverein die Aktien der Mühlenwerke Stodau, Reicherts-Ofen, Raming, born. Koch und Förster in Reicherts-Ofen bei Jagdschloß, erwarb. Das Aktienkapital beträgt zwei Millionen Mark. Das Unternehmen umfaßt 200 Morgen Grund, auf dem sich drei Mühlen, eine Gastwirtschaft, Delonomiegebäude, Verwaltungswohnhaus, Stallungen und andere befinden. Stodau und Reicherts-Ofen sind in einer Gemarkung und befinden sich auf der Linie München-Jagdschloß, 72 Kilometer von München entfernt, in Oberbayern. Es ist eine der fruchtbarsten Gegenden Oberbayerns. 7 Kilometer davon entfernt befinden sich 14 Morgen Grund in Raming (Baustraße Jagdschloß-Regenwiese) mit Gebäuden, Stallungen und Viehbestand (Ochsen, Kühe, Pferde). Die übrigen Grundstücke liegen nicht zusammenhängend in der Gemarkung Stodau. Die drei Mühlenwerke werden mit Wasserkraft aus dem regulierten Flußchen Par betrieben. In den Mühlen können

400 000 Zentner Getreide im Jahre vermahlen werden. Mit dem Erwerb der Aktien ist der Konsumverein Besitzer der Mühlenwerke geworden, die Mühlengesellschaft besteht jedoch vorerst weiter. Der Konsumverein Sendling-München ist nun der erste Konsumverein Süddeutschlands, der ein Landgut mit Getreidemühlen besitzt. Er gab mit der Uebernahme des Landgutes ein praktisches Beispiel für die Möglichkeit der Sozialisierung der Produktion.

**Dom Ausland.**

**Schweiz.** Einen außerordentlichen Gewerkschaftskongress beruft das Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zum 19. und 18. April dieses Jahres nach Olten-Gammar ein. Zur Tagesordnung stehen die Punkte: Der Achtstundentag in der Schweiz. Der internationale Gewerkschaftskongress. Die Arbeitslosenfrage und die Uebergangswirtschaft.

**Unser österreichischer Bruderverband 1918.** Der Druck des Krieges hat sich im Berichtsjahre weit schwerer fühlbar gemacht als in den vorhergegangenen drei Kriegsjahren. Aber auch das so ersetzte Kriegsende hat keine Erleichterung, vielmehr nach einer Erschöpfung der sozialen Verhältnisse gebracht. Die beruflichen Verhältnisse haben sich ebenfalls weiter verschlimmert. Durch den empfindlichen Mangel an den notwendigen Materialien, der die Ausführung vieler dringender Arbeiten unmöglich gemacht hat, wurde die Berufstätigkeit auf das denkbar geringste Maß eingeschränkt. Wenn trotzdem bis zum Ende des Jahres von einer Arbeitslosigkeit nicht gesprochen werden konnte, so hat dies seine Ursache in der in den Berufen zur Verfügung stehenden geringen Anzahl von Arbeitskräften. Die noch immer erfolgenden Einberufungen sowohl als auch das Abwandern in andere, günstigere Existenzverhältnisse bietenden Beschäftigungen haben den Berufen viele Kräfte entzogen. Demzufolge hat auch die Zahl der in den Berufen beschäftigten Kollegen eine weitere Verminderung erfahren.

Das so unerwartet schnelle Kriegsende hat mit einem Schlag die Kriegsindustrie stillgelegt und ungeheure Massen von Arbeitern brot- und arbeitslos gemacht. Bedenkt man nun noch, daß diese Verhältnisse sich in einer für unsere Berufe so überaus unglücklichen Jahreszeit einstellten, dann kann man wohl verstehen, welche Schwierigkeiten sich unserem Bruderverband da entgegenstellten.

Trotz dieser sich häufenden Schwierigkeiten war es ihm aber möglich, die gewerkschaftliche Tätigkeit im Schwung zu halten und den Stand der Organisation noch zu verbessern. Der Mitgliederstand, der am Schluß des Vorjahres 1460 betrug, ist im Jahre 1918 auf 1780 gestiegen, so daß eine reine Zunahme an neuen Mitgliedern von 270 zu verzeichnen ist. Die Zahl der Neueingetretenen beträgt 894 gegen 664 im Vorjahre. Davon entfallen auf Wien 709 und auf die Provinz 185. Ueber die Zahl der heimkehrenden Mitglieder kann noch nicht berichtet werden, da die Meldungen der Ortsgruppen bis zur Fertigstellung des Berichtes noch nicht angelangt waren. Die Finanzverhältnisse haben sich wohl insofern günstiger gestaltet, als sich die Einnahmen gegen das Vorjahr wesentlich erhöht haben, von 18 929 Kr. im Vorjahre auf 88 402 Kr. im Jahre 1918. Das Verbandsorgan "Der Dekorateur" erscheint monatlich zweimal, die Auflage hat sich von 1400 auf 2000 erhöht. Das tschechische Blatt wurde dem der Bauarbeiter angegliedert.

Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse erforderten eine rege Tätigkeit auf dem Gebiete der Lohnbewegungen. In erster Linie waren es die Waggonfabriken, wo es im Laufe des Jahres mehrmals zu Bewegungen kam, die auch zu Arbeitslosenstellungen führten. Auch in der übrigen Kriegsindustrie kam es mehrmals zu Bewegungen, die mit schönen Erfolgen für die Kollegen endeten. In den handwerklich-mäßigen Betrieben in Wien wurden in dem bestehenden Lohnvertrag die Löhne durch Vereinbarung um 50 h pro Stunde erhöht. Hier kamen rund 1000 Arbeiter in Betracht. Eine erfolgreiche Lohnbewegung konnte auch in Graz durchgeführt werden. Hier ist es gelungen, einen neuen Lohnvertrag mit der Genossenschaft abzuschließen, indem die Unternehmer in verständnisvoller Weise den Bedürfnissen der Gehilfenschaft Rechnung getragen haben und deren Forderungen in Bezug auf Löhne möglichst entgegengekommen sind. Die auf den einzelnen entfallende Erhöhung des Lohnes bewegt sich zwischen K 20 und 50 pro Woche. In einigen andern Orten wurden noch Leuerungszulagen erreicht. Die ungeheuren Verpflegungsschwierigkeiten lassen natürlich doppelt schwer auf den Arbeitern unserer Berufe. Besonders in Wien mit seiner großen Ausdehnung macht der starke Wechsel des Arbeitsortes die Beschaffung eines Mittagmahles unter den bestehenden Verhältnissen ganz unmöglich. Dies veranlaßte den Verbandsvorstand, sich an das Kriegslöhntariffkommissariat in Wien zu wenden, um für die Arbeiter unserer Berufe die Benutzung der Kriegslöhne ohne vorherige Anmeldung zu ermöglichen. Diese Aktion hatte Erfolg und ist es der Gehilfenschaft nun gestattet, gegen Vorweisung einer von der Organisation ausgestellten Legitimationskarte ein Mittagessen in jeder beliebigen Kriegsfläche ohne Anstellen einzunehmen. — Die im Vorjahre begonnene Aktion zum Zwecke der Einziehung unserer Berufslogen in die Liste der Schwerarbeiter wurde auch in diesem Jahre fortgesetzt. An der überaus großen Lebensmittelknappheit scheiterten leider alle Bemühungen.

Die geringe Menge der allgemeinen zugewiesenen Waschmittel brachte infolge der Sanierung mit giftigen und andern schädlichen Materialien große gesundheitliche Gefahren für die Kollegen mit sich. Eine aus diesem Grunde schon im Vorjahre gemachte Eingabe an das Handelsministerium hatte wohl den Erfolg, daß den Arbeitern unserer Berufe eine halbe Seifenzulage zugewiesen wurde. Die Unmöglichkeit jedoch, diese Karte auch einlösen zu können, veranlaßten den Vorstand, weitere Schritte zu unternehmen, die den Erfolg hatten, daß der Verband von der Del- und Fettzentrale direkt mit Seife beliefert wurde, die er dann zum Selbstkostenpreis an die Mitglieder abgab.

Die Agitation gestaltete sich im Berichtsjahre ziemlich lebhaft; die Gewinnung von 894 neuen Mitgliedern legt Zeugnis von der erfolgreichen Tätigkeit der Organisation ab. Die wenigen noch zurückgebliebenen Funktionäre und Ver-

trauensmänner haben dabei den Vorstand in ausdauernder voller Arbeit kräftig unterstützt. Dieser letztere ist in die 47 Jahren dauernden Krieg erschienenen Bericht zeigt, unser Bruderverband jeglichem Ansturm standhielt und in dieser schweren Kriegszeit das Bild eines Wahrgeliebten und organisatorischer Tätigkeit. Möge es ihm mit vereinten Kräften bald gelingen, die Wunden, die der Krieg geschlagen hat, zu heilen und seinen Neuaufbau zu vollziehen. Darin, als Wert, erfülle jeder seine Pflicht!

**Fachliteratur.**

Von der illustrierten Fachzeitschrift Deutsche Malerzeitung "Die Mappe", Verlag von Georg W. D. Callwey München, ist Heft 19, das letzte des laufenden Jahres erschienen. Es enthält Tafel 45: Drei Wandlungen, entworfen von C. Hebing in München; Tafel 46: Mors für Bauernmühl, entworfen von Heinrich Blöchl München; Tafel 47: Dede in Orange und Blau, entworfen von Heinrich Köhler in Siegburg i. Rh.; Tafel 48: Alerte, entworfen von Arn. Kästel. In den schweren längen Kriegsjahren war "Die Mappe" den Berufslogen auf dem fachtechnischen Gebiete ein allzeit treuer, gewissenhafter Berater und Organisator gewesen. Hoffentlich geht es, wenn der Frieden geschlossen ist, auch mit unserm Gewerbe dann schneller vorwärts und die ersetzte notwendige Arbeit kommt allermehr wieder in Gang. Dann bedürfen unsere Kollegen aber auch mehr denn je einer bewährten Zeitschrift auf dem kunstgewerblichen Gebiete, wie es von jeder "Die Mappe" gewesen ist, um Nutzen und Frommen des gesamten Malergewerbes.

**Literarisches.**

Die Internationale (Wortlaut dem Französischen von Eugen Pottier nachgebildet von Franz Dieckhoff, Sangskrieger von Deganter) ist soeben in den Ausgaben für Klavier, Violine, Männerchor, Salon und Streichorchester von dem bekannten Musikalienverlag Jos. G. Schöberl, Dresden N. 10, herausgegeben worden. Kataloge werden Dirigenten und Gesangvereinen gratis und franko zugestellt.

Die Nationalversammlung in Wort und Bild. Volkerverlag für Politik und Verlehr, Stuttgart, Alexanderstr. 28. Preis M. 1.20. Es ist ein reichhaltiges, gut ausgestattetes Werkchen, das soeben erschienen ist. Gemäß seinem Grundgedanken, die fleißigste Entwicklung der Sozialdemokratie seit dem Jahre 1868 bis zum Revolutionsparlament 1918 darzustellen, schildert es, wie Ferdinand Lassalle, der große Erbecker und Führer, den Grundstein zu dem jetzt stolz und selbstbewusst Bau der Sozialdemokratie legte, wie unsere Führer Marx und Engels, Liebknecht und Bebel, deren Bilder auf einer Tafel abgedruckt werden, das begonnene Werk durch innere und äußere Stürme reiteten und wie schließlich nach vielen Jahren von Kampf und Sieg, Verfolgung und Triumph, Opfermut und Hingabe, Trost und Jubelstimmung das Revolutionsparlament von 1919 zusammentrat, dessen Mitglieder in Abbildungen mit kurzen Lebensläufen dem Leser vorgeführt werden. Verzeichnisse der Abgeordneten nach Parteien und Wahlkreisen, die Texte der Wahlgesetze, eine Erläuterung des Verhältnismäßigverfahrens, vor allem auch die Verfassungsentwürfe der deutschen Republik sowie Stimmenslisten und zuletzt eine farbige Wahlkreisarte machen die Schrift für jeden unserer Leser unentbehrlich als Nachschlagewerk bei der Zeitungslektüre.

**Storbekannt.**

Düsseldorf. (Zahlstulle Mattingen.) Am 28. Februar starb infolge Unfalles der Kollege August Würtner, geboren am 12. Februar 1889 zu Tracht bei Mattingen. Kiel. Am 14. Februar starb nach längerer Krankheit unser Kollege Wilhelm Meier im Alter von 88 Jahren. — Am 16. Februar starb unser Kollege Ernst Böhl im Alter von 44 Jahren. Regensburg. Am 21. Februar starb infolge Herzklammer unter treuer Kollege Hans Weigner von der Zahlstelle Stadthaus im Alter von 50 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

Vom 16. bis 22. März ist die 11. Vertragswoche.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 9 des "Correspondenzblattes" bei.

**Malergeschäft**

mit Material zu kaufen gesucht. Offerten mit Preisangabe unter K. 397 an die Exped. ds. Blattes.

**Vertreter**

zum Besuche von Malergeschäften finden gute Erfolge. Gefällige Anfragen unter M. M. 1492 an Heasonstein & Vogler A.-G., München.

**Fachlehrbücher ersten Ranges**

mit vielen Abbildungen.

Der Dekorations- und Stubenmaler K. 7. Die Holz- u. Marmorarbeiten 21, 55. Mod. Monogramme 5, 55. Zeichn. der Dekorierung 2, 70. Einfache Strichschriften 10, 70. Vorlagen für Firmenschilder 12. Mod. Sachschriften 5, 55. Mod. Plakat- und Postamtsschriften 5. Mod. Schriften 8. Strichschriften 12. Praktische Vorschriften für Maler, Färber u. Stubenmaler 7, 35. Harmonie der Farben 8. Zeichnen 6, 50. Der Handwerker als Kaufmann 7, 25. Lohnberechnung 2. München 2, 85. Gegen Aufnahme L. Schwarz & Co., Verlagsbuchhandlung, Berlin E 40, Dresdner Straße 80.